

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Bierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Erich-Dauner).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.,  
Vereinsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.  
Reaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 86.

Berlin, Mittwoch, 26. Oktober 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Die Scharfmacher an der Arbeit. — Ein Nachwort zum französischen Eisenbahnerstreik. — Die Bedeutung der Gewerksvereine im Jahre 1909. — Allgemeine Rundschau. — Verbands-Teil. — Literatur. — Anzeigen.

## Die Scharfmacher an der Arbeit.

Während die deutschen Arbeiter der Meinung sind, daß die gesetzlichen Bestimmungen über das Koalitionsrecht nicht ausreichen, sondern dringend der Erweiterung und der Sicherung bedürfen, sinnen die Scharfmacher unablässig darauf, wie sie die ohnehin schon eng begrenzten Rechte der Arbeiter noch weiter schmälern können. Jeder Verstoß, jede Ausschreitung bei einem Streik wird von ihnen sorgfältig registriert, um nachher als Material verwandt zu werden. Wer es deshalb wohl meint mit der Arbeiterbewegung, der muß alles daran setzen, daß solche Dinge vermieden werden, damit nicht fortwährend neues Wasser auf die Mühlen der Scharfmacher geleitet wird. Denn seit langer Zeit haben diese Mühlen nicht so laut geklappt wie in den letzten Wochen. Die belagerten Vorgänge in Moabit, der Eisenbahnerstreik in Frankreich und selbst der Sieg der republikanischen Partei in Portugal müssen herhalten zu Vorstößen gegen die Rechte der Arbeiter. Tief besägend ist es dabei, daß ein, wenn auch bedeutungsloser Teil der deutschen Arbeiterchaft sich zu Bundesgenossen jener Kreise herabwürdigt, wie es die Selben getan haben, die unlängst in Braunschweig und erst in diesen Tagen wieder in Magdeburg für das Verbot des Streikpostenlebens eingetreten sind. Eine solche Kundgebung ist natürlich ein gesundes Joch für die Scharfmacher. Wie die hungrigen Wölfe stürzen sie darauf los, um sie im Kampfe gegen die Organisationen der Arbeiter zu verwenden.

In der Art, wie seit einiger Zeit in den der Arbeiterbewegung feindlich gegenüberstehenden Blättern gegen die Organisationen gehetzt wird, liegt System. Denn es ist sicherlich kein Zufall, daß jene edlen Hezorgane schließlich alle zu denselben Forderungen gelangen. Einige Broben dafür. Die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“, das Organ des Zentralverbandes der Industriellen, schreibt:

„Wir verlangen und haben ein Recht zu verlangen, daß Trotz und Terrorismus der Organisierten überall gebrochen werden, wo sie sich zeigen. Wir verlangen, daß hinfost keiner gezwungen werde, einen Arbeitsplatz zu verlassen, weil er nicht organisiert oder anders organisiert ist, wie seine Arbeitsgenossen es wünschen, und daß jeder Arbeitswillige nachdrücklichen Schutz und jeder, der ihn belästigt, nachdrückliche Strafe erhalte. Reichen dazu die Gesetze nicht aus, so müssen neue gemacht werden.“

Und in einem weiteren Artikel verlangt die genannte Korrespondenz ein gleiches Verbot des Streikpostenlebens. Die bündlerische „Deutsche Tageszeitung“ ist natürlich entzückt von diesen Vorschlägen und der Meinung, daß die verbündeten Regierungen unbedingt noch einmal den Versuch mit der Vorlegung eines Arbeitswilligen-Gesetzes machen müßten. In ähnlichen Gedankengängen bewegt sich ein Leitartikel des „Arbeitgeber“, der auslängt in den Ruf nach Schutz der Arbeit. Die „Volk“, die „Kreuzzeitung“ und selbst der fromme „Reichsbote“ möchten die Reform des Strafgesetzbuches benutzen, um strengere Bestimmungen für Streikergehen zu schaffen. Die „Kreuzzeitung“ meint, daß sich hier die beste Gelegenheit böte, „einmal nach jeder Richtung hin zu überlegen, in welcher Weise ein wirt-

schafter Schutz der Arbeitswilligen erreicht werden kann. Schon jetzt sollte der Reichstag fordern, daß die Reichsregierung sowie die Landesregierungen ihre untergeordneten Organe anweisen, alles Material zu sammeln, das hier von irgend welcher Bedeutung sein kann.“

Ähnliche Unterzuse erlösen auch aus dem übrigen Blätterwald der Scharfmacher. Daß darunter auch Herr Dr. Vued nicht fehlt, der seinerzeit zur Durchziehung der Zuchtbausvorlage dem Grafen Posadowsky 12 000 Mark anbot, ist selbstverständlich. Es ist aber unmöglich, alle jene arbeiterfeindlichen Kundgebungen hier einzeln aufzuführen. Ein Dokument aber dürfen wir unseren Lesern nicht vorenthalten, nämlich ein Rundschreiben, das der Zentralverband Deutscher Industrieller an seine Mitglieder verandt hat. Das Rundschreiben hat folgenden Wortlaut:

„Von unseren Mitgliedern und den der „Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände“ angeschlossenen Verbänden laufen fortgesetzt Klagen ein über die bei Streiks oder Ausperrungen von den Arbeitern mit dem Streikpostenlebens verübten Mißbräuche und Ausschreitungen. Durch diese sind die Streikposten zu der gefährlichsten und wirkungsvollsten Waffe der Arbeiter in ihren Kämpfen gegen die Arbeitgeber ausgebildet worden. Tatsächlich wird in nicht seltenen Fällen von den Streikposten gegen die nicht organisierten und arbeitswilligen Arbeiter Drohung, Erbreckung, sogar körperlicher Zwang ausgeübt. Dagegen vorzugehen ist nach Lage der gegenwärtigen Verhältnisse meistens unmöglich. Allgemeine polizeiliche Anordnungen, durch die dem mit dem Streikpostenlebens verbundenen Unwesen in vielen Fällen wirkungsvoll entgegengetreten werden könnte, sind entweder gar nicht oder nur ganz ungenügend erlassen worden. Infolge dieser belagerten Zustände ist das Direktorium des Zentralverbandes aus den Kreisen der Mitglieder dringend aufgefordert worden, Schritte zur Beseitigung der mit dem Streikpostenlebens verbundenen Mißstände zu tun. In seiner Sitzung am 12. und 13. September hat das Direktorium beschlossen, dieser Aufforderung nachzukommen. Es erachtet, daß durch geeignete Bestimmungen in dem in Vorbereitung befindlichen neuen Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch dem Unwesen beim Streikpostenlebens gesteuert werden könnte und wird einen dahingehenden Antrag den zuständigen Reichsbehörden unterbreiten. Vor Feststellung der im einzelnen zu treffenden Maßnahmen ist es jedoch für wünschenswert erachtet worden, an die Mitglieder des Zentralverbandes das Ersuchen zu richten, als weiteres Material für die Begründung des Antrages der Geschäftsführung genaue Angaben über einzelne Fälle von Mißbrauch und Ausschreitungen beim Streikpostenlebens mitzuteilen. Infolge dieses Beschlusses richten wir nicht nur an die Einzelmitglieder, sondern ganz besonders an die dem Zentralverbande und der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände angeschlossenen Vereine usw. und Arbeitgeberverbände die dringende Bitte, wegen Beschaffung des erwähnten Materials ohne Zeitverlust eine Umfrage bei ihren Mitgliedern zu veranlassen und uns das Ergebnis bis spätestens den 1. November dieses Jahres zugehen zu lassen.“

Die angeführten Zitate zeigen, wohin der Kurs steuert. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wollte man solche Kundgebungen unterschätzen. Dahinter stehen einflußreiche Kreise, die unermüdlich bohren und alles aufbieten, um ihren Willen durchzusetzen. Leider gibt der von den „freien“ Gewerkschaften geübte Terrorismus den Forderungen jener Scharfmacherfreie eine gewisse Grundlage. Die Art, wie von den „Genossen“ Unorganisierte und Andersorganisierte behandelt und von der Arbeitsstätte verdrängt werden, muß naturgemäß Erbitterung hervorrufen und den Wunsch, solche Vorformnisse unmöglich zu machen. Auch die schweren Ausschreitungen, die sich namentlich

in letzter Zeit mehrfach bei Lohnkämpfen ereignet haben, sind nur allzu sehr geeignet, den Forderungen auf Einschränkung der Arbeiterrechte Vordruck zu leisten. In einer Zeit, da die Reaktion auf allen Gebieten sich breit macht, sollte man sich besonders hüten, den Feinden der Arbeiterchaft Material an die Hand zu geben. Daß sich Arbeiter, die von den „Genossen“ terrorisiert und brotlos gemacht werden, dies nicht ruhig gefallen lassen, sondern damit an die Öffentlichkeit gehen, kann ihnen niemand verdenken. Nicht sie liefern das Material für die Scharfmacher, sondern diejenigen, die die Arbeiter zu dieser Fucht in die Öffentlichkeit zwingen. Deshalb liegt es im Interesse der gesamten Arbeiterchaft, daß man sich in den Kreisen der „Genossen“ endlich die nötige Mäßigung auferlegt und sich nicht zu Schritten hinreißt, unter deren Folgen nachträglich die gesamte Arbeiterbewegung leiden muß.

So schwer aber auch unsere Kollegen häufig unter dem sozialdemokratischen Terrorismus zu leiden haben, so energisch lehnen wir alle Einschränkungen des Koalitionsrechtes, insbesondere ein Verbot des Streikpostenlebens ab. Die bestehenden Gesetze und die in ihnen enthaltenen Strafbestimmungen genügen vollständig und sichern eine hinreichende Abndung von Vergehen. Trotz alledem läßt sich die Befürchtung nicht von der Hand weisen, ja es ist sogar wahrscheinlich, daß, wenn auch nicht diesem, so doch dem im nächsten Jahre zu wählenden Reichstag die Reichsregierung mit einer Vorlage aufwartet, die den Schutz der Arbeitswilligen wie in der Zuchtbausvorlage ungeseligen Andenkens begweht. Die Arbeiter müssen also auf der Hut sein. Einerseits muß unbedingt alles von ihnen vermieden werden, was den scharfmacherischen Plänen günstig sein kann, andererseits müssen sie bei den Vorbereitungen für die Reichstagswahlen, die an vielen Orten jetzt schon getroffen werden, ein wachsameres Auge darauf haben, daß die Kandidaten gründlich auf ihre Stellung zum Koalitionsrecht der Arbeiter geprüft werden. Unsere Neutralität verbietet uns das keineswegs. Unsere Mitglieder sollen sich im öffentlichen Leben betätigen. Deshalb müssen sie auch die Reichstagskandidaten befragen, wie sie sich zu den wichtigsten Arbeiterforderungen stellen, und niemand darf die Stimme eines Gewerksvereiners erhalten, der für eine Schmälerung der Koalitionsfreiheit zu haben wäre, wobei wir ausdrücklich hervorheben, daß Koalitionsfreiheit und Koalitionszwang grundverchiedene Dinge sind.

## Ein Nachwort zum französischen Eisenbahnerstreik.

Der Ausstand der französischen Eisenbahner ist zu Ende. Auch die Angestellten der Südbahn, die den Versuch gemacht hatten, die Bewegung noch einmal zum Aufladern zu bringen, haben die Arbeit wieder aufgenommen. Die Anordnung des Streikkomitees, den Streik zu beendigen und die Arbeit wieder aufzunehmen, ist auch vom Syndikat der Lokomotivführer und Heizer gebilligt worden, einmal, weil durch einen weiteren Ausstand die Lebensinteressen der Organisation bedroht seien und weil außerdem durch eine Fortsetzung des Ausstandes das Syndikat für die verbrecherischen Attentate gegen die Eisenbahn verantwortlich gemacht worden wäre. Die Ruhe ist also auf den französischen Bahnen wieder eingewogen, und der Verkehr wickelt sich in den alten Formen wieder ab. Hoffentlich zeigt die Regierung des Herrn Briand nun auch den Eisenbahngesellschaften gegenüber dieselbe Energie, die sie den streikenden Eisenbahnern gegenüber betätigt hat, und sorgt dafür,

daß die berechtigten Wünsche der Angestellten erfüllt werden.

Daß die sozialistische Partei Frankreichs bei der Bewegung die Hand im Spiele gehabt hat, zeigt ein unter dem Titel „Streiklehren“ veröffentlichter Artikel im „Vorwärts“.

Ungleich viel verständiger urteilt die „Frankfurter Zeitung“ über den Kampf auf den französischen Bahnen.

„Wir haben da nicht ihre gegenwärtige materielle Lage im Auge. Sie mögen heute gar keine dringenden Wünsche haben, so können doch morgen solche entstehen, und für solche Bedürfnisse müßte ein gesetzlich bestimmtes und zweckmäßiges Organ der Vermittlung vorhanden sein.“

Dies wären wohl die wichtigsten Punkte für eine Gestaltung des Eisenbahnerrechtes, nach der man sagen könnte: Die Eisenbahner haben zwar kein Recht zu streiken, aber sie brauchen auch keine. Wird der beliebteste Rahmen Zug allein wird man auf die Dauer nicht auskommen, und es wäre nur zu wünschen, daß man das einrichte, bevor es zu einer Katastrophe käme, die trotz allem auch bei der preussischen Eisenbahn nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegt.

die eiserne Hand und daneben die Wohlfahrtsvereinstellungen sind, verfaßt einmal, und nur die, die sich auf zweckmäßige Organisation gründet, kann sich dauernd behaupten.“

Das ist der Standpunkt, den auch Vertreter der Deutschen Gewerksvereine in einer Audienz mit dem preussischen Eisenbahnminister zum Ausdruck gebracht haben, und der auch heute noch für unsere Organisation maßgebend ist.

Die Bedeutung der Gewerbegerichte.

Die bevorstehenden Gewerbegerichtsahlen in Berlin haben einem Kollegen, der am Gewerbegericht als Richter tätig ist und auch dem Verbandstage der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Köln beigewohnt hat, Anlaß zu recht bemerkenswerten Betrachtungen gegeben, die er in einer Zeitschrift an uns niedergelegt hat.

Leider ist die Zahl der Arbeiter, die von der Rechtspflege der Gewerbegerichte ausgeschlossen ist, noch eine ziemlich erhebliche. Dazu gehören sämtliche in Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, obgleich ihre Tätigkeit sich von der in Privatbetrieben Beschäftigten in nichts unterscheidet.

Die gewerbliche Rechtspflege durch Gesetzparagrafen für alle vorkommenden Fälle festzulegen, wird niemals möglich sein. Das schließt aber nicht aus, daß der Gesetzgeber noch Raum und Gelegenheit genug findet, seine bessere Hand anzulegen und den Versuch zu machen, das Arbeitsverhältnis — um mit Dr. Fleiß zu reden — aus einem Gewaltverhältnis in ein Rechtsverhältnis umzuwandeln.

Da ist zunächst die Frage der gesetzlichen Regelung des Affordvertrages, über die schon recht viel Beachtenswertes geredet und geschrieben worden ist. Die weitgehendste Forderung wäre das völlige Verbot der Affordarbeit, weil diese unter allen Umständen die Unfallgefahr für den Arbeiter erhöht, und aus dem weiteren Grunde, weil der Arbeiter, wenn er durch seinen Fleiß, seine Geschicklichkeit und seine Intelligenz auf einen höheren Verdienst kommt, als ihn der Unternehmer veranschlagt hat, sich dann mit ziemlicher Sicherheit eine Schmälerung des Affordpreises gefallen lassen muß.

mehr und mehr selbst in die Tarifverträge mit aufgenommen. Es muß also damit gerechnet werden. Dann aber läßt sich die gesetzliche Regelung des Affordvertrages nicht mehr umgehen. Denn gerade die Affordarbeit trägt ständig dazu bei, daß eine Unmenge tüchtiger Arbeiter das Arbeitsverhältnis lösen muß, weil eine Verbilligung über den Affordpreis unmöglich war.

Das Gewerbegericht Berlin hat im Jahre 1906 bereits Anträge zur gesetzlichen Regelung des Affordvertrages gestellt. Im besonderen Maße hat sich der Magistratssekretär Böbling um diese Frage verdient gemacht, der es auch an praktischen Vorschlägen zur Abänderung des Titels VII der Gewerbeordnung zwecks Regelung der Gedingarbeit (Affordarbeit) nicht hat fehlen lassen.

Die englischen Gewerbevereine im Jahre 1909.

Die amtlichen Ziffern der Mitgliedschaft der englischen Gewerbevereine für das verflossene Jahr sind diesmal früher als üblich veröffentlicht worden. Die Zahl der dem Ministerium bis Ende 1909 bekannt gemordenen Trade Unions betrug 1153 mit einer Mitgliederzahl von 2 347 461, einschließlich von 21 112 Mitgliedern in den Kolonien und im Ausland.

Table with 4 columns: Gruppe, Zahl der T. U., Mitgliederzahl Ende 1909, Zu- oder Abnahme %.

Die Gesamtzahl zeigt eine Verminderung um 14 Prozent gegen 1908 und um 2,7 Prozent gegen 1907. Die Ziffer ist dagegen um 10,9 Prozent höher als im Jahre 1906 und übertrifft auch alle vorhergehenden Jahre.

Die Zahl der Föderationen von Trade Unions war 113 mit einer Mitgliederzahl von 3 166 489. Hierbei ist natürlich eine große Zahl der Mitglieder doppelt oder mehrfach gezählt, je nachdem eine Trade Union zu mehr als einer Föderation gehört.

der Gewerksvereine entsprechend), die Miners Federation of Great Britain (Verband der Bergarbeitergewerksvereine) und die Federation of Engineering and Shipbuilding Trades of the United Kingdom (Verband der Gewerksvereine im Maschinen- und Schiffbau). Die Zahl der lokalen Vereinigungen von Gewerksvereinen (Ortsverbände) betrug 258.

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 25. Oktober 1910.

Von ihrer Stellungnahme zur Reichsversicherungsordnung und der Abwendung entsprechender Entschuldigungen an den Reichstag haben uns weiter folgende Ortsverbände Mitteilung gemacht: Altwasser, Bitterfeld, Bochum, Essen, Gotha, Mönchberg und Schmölln. Wir sind überzeugt, daß auch zahlreiche andere Ortsverbände sich mit der Reichsversicherungsordnung beschäftigt, es aber unterlassen haben, der Verbandsleitung davon Kenntnis zu geben. Um einen Ueberblick über den Umfang dieser Aktion zu erhalten, ersuchen wir dringend darum, daß diese Ortsverbände schleunigst das Veräumte nachholen und dem geschäftsführenden Ausschuß über diese Stellungnahme Nachricht zugehen lassen.

Die Reichsversicherungsordnungs-Kommission hat am Donnerstag die allgemeine Aussprache über das Verfahren beendigt. Klarheit über die Regelung desselben zur Entlastung des Reichsversicherungsamts, ohne daß die Verletzten geschädigt werden, wurde jedoch nicht geschaffen. Bei der Spezialberatung über die Verjährung der Ansprüche auf Unfall-Entschädigung wurden nur unwesentliche Änderungen vorgenommen. Die Ansprüche müssen spätestens zwei Jahre nach dem Unfall angemeldet werden. Eine längere Anmeldefrist ist nur dann zulässig, wenn eine Folge des Unfalls, die einen Entschädigungsanspruch begründet, erst später oder in höherem Maße bemerkbar geworden ist. In diesen Ausnahmefällen muß der Anspruch binnen drei Monaten, nachdem die Unfallfolgen oder ihre stärkere Wirkung bemerkbar geworden sind, angemeldet werden. Auch bei Hinterbliebenen-Renten soll in allen Fällen nach dem Tode eines Verletzten eine neue Frist von zwei Jahren für den Entschädigungsanspruch beginnen.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Straßenbahnner in Bremen dauert fort. Die Straßenbahner hatten ihre Forderungen kurz formuliert und als erste verlangt, daß die Straßenbahndirektion die Zugehörigkeit zum deutschen Transportarbeiterverbande gestatte. Bei der Verhandlung vor dem Gewerbegericht teilte der Vorsitzende mit, daß die Direktion diesen ersten Punkt als unannehmbar erklärt habe und deshalb jede weitere Verhandlung zwecklos sei. — Der Kampf in der Kettenindustrie Pforzheims scheint unvermeidlich zu sein. Ein Teil der Kettenhämmer hat bereits die Kündigung eingereicht, die übrigen werden folgen. Wenn nicht noch in letzter Stunde eine Einigung erzielt wird, werden etwa 2500 Personen in den Kampf verwickelt. — In Belten haben in den Densfabriken die Ornamentformer die Arbeit eingestellt. Auch andere Arbeiterkategorien haben sich ihnen angeschlossen. — Nach fünfwöchiger Dauer ist in Mülhausen der Streik der Blechschmiede und Installateure beendigt worden. In dem neuen Tarifvertrag wurden die Lohnforderungen der Gesellen zum Teil bewilligt, eine Verkürzung der Arbeitszeit aber abgelehnt. — Der Streik der Holzarbeiter in Mülhausen dauert fort, wenn auch in einigen Betrieben eine Einigung erzielt wurde. — In der Elektricitätsbranche in München haben sämtliche Elektromonteur die Arbeit niedergelegt, um eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung der Löhne zu erzielen. — Auf der Werft E. Zecklenborg, A. G. in Bremerhaven sind neue Differenzen ausgebrochen. Die Arbeiter erblicken in der Entlassung mehrerer Kollegen eine Maßregelung, und am Sonnabend haben 100 Arbeiter und Stemmer die Arbeit niedergelegt. — Der Zustand der Densfabriker in Leipzig dauert fort. Der von einer Kommission gemachte Einigungsvorschlag wurde von den Gehilfen angenommen, von den Unternehmern dagegen abgelehnt.

In Triest ist bei 19 Schiffsahrtsgesellschaften ein Streik der Maschinisten ausgebrochen, an dem etwa 500 Personen beteiligt sind. — In Marseille streiken die Kollwagenkutscher und Packer. Die Bewegung hat schließlich alle Unternehmungen des Kollfuhrwesens ergriffen, so daß auf den Bahnhöfen und Kollabladestellen die größte Verwirrung herrscht.

Ein netter Arbeitervertreter wird mit Recht vom „Korrespondent“ der Buchdrucker der sozialdemokratische Beigeordnete und stellvertretende Bürgermeister der Stadt Gevelde i. E., der Schreinermeister August Sies, genannt. Er übernahm während des Holzarbeiterausstandes in Mülhausen die Ausführung von Streikarbeit in seiner Werkstat. Auf Einspruch der Streikleitung antwortete er, in seinem Geschäfte könne er machen, was er wolle. Da die eingeleitete Untersuchung durch die zuständigen Instanzen die Berechtigung dieser Vorwürfe ergab, wurde er aus der Partei ausgeschlossen.

Also selbst das unterfächteste Zielbewußtsein ist kein Schutz gegen eine solche schäbige Handlungsweise, wie sie hier geübt worden ist.

Zur Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten wird mitgeteilt, daß mit Beginn des nächsten Monats die kommissarischen Beratungen über die Vorlage zwischen den Reichsämtern und den preußischen Ministerien ihren Anfang nehmen werden. Da hierdurch die Fertigstellung der Vorlage wesentlich beschleunigt wird, kann angenommen werden, daß der Entwurf auch noch im November an den Bundesrat gelangen wird. Es ist beabsichtigt, ihn gleichzeitig mit der Einbringung im Bundesrat zu veröffentlichen, um den beteiligten Kreisen nochmals Gelegenheit zu geben, dazu Stellung zu nehmen. Bereits in diesem Frühjahr haben Kommissare der Reichsregierung in Verhandlungen mit der Seiber-Kommission des Hauptauschusses zur Herbeiführung einer staatlichen Pensions- und Hinterbliebenenversicherung für die Privatangestellten, dem Allgemeinen Verbands der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, der Freien Vereinigung für soziale Versicherung der Privatangestellten sowie dem Verbands der Deutschen Gewerksvereine die in diesen Kreisen vorhandenen Wünsche entgegengenommen. Die erste Lesung der Vorlage könnte gleich nach den Weihnachtsferien im Reichstage stattfinden, und da dann die Kommission für die Reichsversicherungsordnung ihre Arbeiten beendet hat, könnte ihr die Vorlage über die Privatbeamtenversicherung übertragen werden. Es wäre somit ausreichende Zeit vorhanden, um die Vorlage in der nächsten Session zu erledigen. Im Falle ihrer Annahme im Reichstag und Bundesrat wäre es dann möglich, daß die Privatbeamtenversicherung mit dem Beginn des Jahres 1912 in Kraft tritt.

Die Mühlen der Reichsbehörden mahlen langsam. Wenn auch die Pensionsversicherung der Privatangestellten längst hätte in Kraft treten müssen, glauben wir doch nicht, daß die in obiger Mitteilung gemachten Daten zutreffen. Eintheilung gegen wir noch starke Zweifel, daß schon mit dem Jahre 1912 dieser Versicherungszweig eingeführt wird.

Wer laßt da? In seiner Sonnabend-Nummer behauptet der „Vorwärts“, er könne bestimmt mitteilen, daß den Eisenbahnarbeitern in Preußen am 1. April 1911 eine Lohnaufbesserung zuteil werden solle. Mit Rücksicht auf die andauernde Verteuerung aller Lebensmittel und der notwendigsten Bedarfsgegenstände wäre den Eisenbahnern eine Erhöhung ihres Einkommens wirklich zu gönnen. Das sozialdemokratische Zentralorgan aber meint, daß diese Forderung die maßgebenden Instanzen kaum veranlaßt haben würde, eine Lohnaufbesserung in Erwägung zu ziehen. „Als weit stärkere Triebkräfte kommen in Betracht das energische Auftreten der sozialdemokratischen Abgeordneten des preussischen Landtages zugunsten der Eisenbahner und vor allem der Umstand, daß die nächsten Reichstagswahlen immer näher heranrücken.“

Mag sein, daß der Reichsregierung allmählich bange wird vor dem Anschwellen der roten Flut, und sie den Wunsch hegt, wenigstens die Kategorie der Eisenbahnarbeiter durch eine kleine Lohnaufbesserung in guter Laune zu erhalten. Wenn aber der „Vorwärts“ meint, daß die sechs sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten die Lohnaufbesserung erzielt hätten, so hat das Blatt denn doch den Mund gar zu voll genommen. Wenn die Eisenbahner sich auf die sozialdemokratische Fraktion im preussischen Abgeordnetenhaus verlassen wollten, so wären sie wirklich verlassen.

Es beginnt zu dämmern. Die Ortsgruppe Worms des Arbeitgeberverbandes für das Walergewerbe hat vor kurzem den Gehilfen ein Rundschreiben zugesellt, welches man als ein denkwürdiges Dokument in der Geschichte der Tarifbewegung betrachten muß. Das Rundschreiben hat folgenden Wortlaut:

An die Herren Gehilfen!  
Die Erfahrung hat gelehrt, daß nur ein einmütiges Zusammenarbeiten von Rei-

stern und Gehilfen, die naturgemäß aufeinander angewiesen sind, die wirksame Durchführung unseres neuen Reichstatarifvertrages ermöglicht und daß nur eine straffe Organisation beider Vertragsparteien eine sichere Garantie hierfür bietet. Die Ansichten über den Wert einer Organisation haben sich seit Einführung des Reichstatarifvertrages wesentlich geändert und der Anschluß an eine solche hat sich für beide Teile als notwendig erwiesen.

Die überwiegende Mehrzahl der hiesigen Meister ist bereits organisiert und wünscht nun, daß ihre Herren Gehilfen sich ebenfalls einer der bestehenden Organisationen anschließen möchten.

In unserer am 12. Aug. l. J. stattgehabten außerordentlichen Hauptversammlung wurde deshalb der einstimmige Beschluß gefaßt, vom 1. Januar 1911, von wo ab wir wiederum einen Pfennig Lohnzuschlag pro Stunde zu zahlen haben, nur noch organisierte Gehilfen einzustellen.

Wir ersuchen Sie deshalb freundlichst, sich darauf vorzubereiten, und geben Ihnen im Nachstehenden die diesbezüglichen Adressen bekannt, um sich nach Belieben jeweils Auskunft über die Bedingungen der Aufnahme usw. mit einem oder dem anderen der betr. Herren baldmöglichst in Verbindung setzen zu können.

Worms, 1. Oktober 1910.

Der Vorstand.

Angefügt sind die Adressen der Bezirksleiter der drei in Frage kommenden Arbeiterorganisationen und ihrer örtlichen Vertretung. Aus diesem Schreiben geht mit aller Deutlichkeit hervor, wie nützlich und notwendig die Zugehörigkeit zu einer Organisation für die Arbeiter ist. Das Schreiben läßt aber weiter den großen Wert der Tarifverträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer erkennen. Hoffentlich nehmen auch die Gegner der Tarifverträge von dem Inhalt des Rundschreibens Kenntnis. Das einzige, was daran zu bedauern ist, das ist die Tatsache, daß die Walergewerksleute erst von den Meistern auf den Nutzen der Organisation hingewiesen und zum Beitritt in dieselbe aufgefordert werden müssen.

Professor Dr. Legis in Göttingen über Konsumvereine und Kleinhandel. Der bekannte Nationalökonom und Statistiker an der Universität Göttingen, Professor Dr. Wilhelm Legis, schreibt in seiner „Allgemeinen Volkswirtschaftslehre“, Berlin und Leipzig, W. G. Teubner, 1910: „Die Kultur der Gegenwart, ihre Entwicklung und ihre Ziele“ über die Ueberfüllung im Kleinhandel u. a.:

„Stets wenden sich viele Leute ohne genügende Vorbildung und mit unzulänglichem Kapital dem Ladenbetriebe zu, der ihnen das bequemste Unterkommen zu bieten scheint. „nd durch die Leichtigkeit, mit der im Großhandel Waren auf Kredit geliefert werden, wird dieser Zubrang wesentlich gefördert. Das Publikum hat von der Ueberfüllung des Detailhandels keinen Vorteil, denn die Preise werden dadurch nicht erniedrigt, vielmehr ist jeder Mitbewerber wegen der Beschränkung des Absatzgebietes genötigt, seine Preise möglichst hoch zu halten. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkte kann man aber nicht umhin, die Vergütung, die der Detailhandel für seine Leistungen erhebt, so hoch zu finden, daß eine Verminderung derselben, namentlich im Interesse der weniger bemittelten Klassen, sehr zu wünschen wäre. Für die Zukunft dürfte eine Besserung des jetzigen unbefriedigenden Zustandes durch weitere Entwicklung des Großbetriebes und der Konsumvereine sich allmählich anbahnen, ohne daß der wirklich leistungsfähige Mittelstand des Gewerbes dadurch verdrängt wird. Die Beseitigung unnützer Winkelbetriebe aber würde in jeder Beziehung ein Gewinn sein.“

Daß dadurch die Zahl der selbständigen Existenzen vermindert wird, kann vom sozialen Standpunkt nicht als ein Nachteil angesehen werden, soweit diese Selbständigkeiten nur auf Kosten der Masse, der Arbeiterbevölkerung möglich waren, die höhere Preise bezahlen mußte, als bei rationelleren Betriebsformen nötig gewesen wäre. Dies gilt insbesondere von dem Detailhandel, in dem der Großbetrieb vermöge seiner größeren volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in der Zukunft immer mehr Boden gewinnen wird, wenn auch Deutschland in dieser Entwicklung eine beträchtliche Strecke hinter Amerika und England zurückbleiben wird. Uebrigens wird es auch künftig zur Befriedigung individueller und lokaler Bedürfnisse an Mittel- und Kleinbetrieben und auch an kleineren Detailhandelsbetrieben nicht fehlen. Was aber den Mittelstand im sozialen Sinne betrifft, der sich nicht nach der Betriebsgröße, sondern nach dem Einkommen bestimmt, so wird es gerade eine Hauptaufgabe der Zukunft sein, ihm einen

möglichst breiten Raum in dem Aufbau der Gesellschaft zu verschaffen."

Es ist ein bürgerlicher Nationalökonom, der so über die Aufgaben des Konsumvereins und über die Beseitigung der unnützen Winkelbetriebe urteilt. Nichtsdestoweniger werden wir selbstverständlich nach wie vor das unvernünftige Geschrei der Mittelständler zu hören bekommen, daß die Konsumvereine „den Mittelstand vernichten“ und damit die Grundpfeiler des „Staates und der Monarchie“ zerstören.

In welchem Alter heiraten die Deutschen? Die Ehestatistik bietet manchen interessante Einblicke. Da der Mann in der Regel die Familie erhält, sich also vorher eine Existenz geschaffen haben muß, so muß natürlich auch das Heiratsalter der Männer in der Regel höher sein als das der Frau. Nach einer Zusammenstellung im Kaiserlichen Statistischen Amt wurden im Jahre 1908 500 620 Ehen geschlossen. Schon bei den untersten Altersstufen kommt zum Ausdruck, daß das Heiratsalter der Frauen wesentlich niedriger ist als das der Männer. Im Jahre 1908 heirateten 1091 Frauen unter 17 Jahren, 4571 im Alter von 17 bis 18 Jahren und 12 727 im Alter von 18 bis 19 Jahren. Dagegen heirateten nur 120 Männer im Alter bis zu 19 Jahren, 696 im Alter von 19 bis 20 Jahren und 2296 im Alter von 20 bis 21 Jahren. In der Altersstufe bis zu 21 Jahren verheirateten sich im Jahre 1908 83 116 Frauen, aber nur 3112 Männer. In der Altersstufe von 21 bis 30 Jahren hatten sich verheiratet 338 423 Frauen und 346 736 Männer. Ist es die Regel, daß der Mann bei Eingehung einer Ehe älter ist, so kommt es aber auch nicht selten vor, daß die Frauen ein höheres Alter haben. Zwei Männer im Alter von 19 bis 20 Jahren heirateten Frauen im Alter von 38 bis 39 Jahren, ein Mann von 20 bis 21 Jahren heiratete eine Frau von mehr als 55 Jahren, weiter kamen Ehen vor, in denen der Mann 21 bis 22 Jahre und die Frau 55 bis 60 Jahre alt war, und Ehen, in denen der Mann 22 bis 23 Jahre und die Frau 60 Jahre und noch älter war. Auch daß alte Männer ganz junge Mädchen heiraten, ist nichts so sehr Seltenes. Von Männern, die ein Alter von 60 und mehr Jahren erreicht hatten, heirateten zwei Frauen im Alter von 16 bis 17 Jahren, drei Frauen im Alter von 17 bis 18 Jahren und drei Frauen im Alter von 18 bis 19 Jahren.

Die Gesellschaft für Soziale Reform, Ortsgruppe Berlin, veranstaltet am Freitag, den 4. November, pünktlich 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerbegerichts, Zimmerstr. 90-91, einen Vortrag mit der Tagesordnung: Der Stand der Gartenstadtbewegung von Groß-Berlin. Referenten sind die Herren Dr. Franz Oppenheimer und Adolf Otto, Geschäftsführer der deutschen Gartenstadt-Gesellschaft. Nach den Vorträgen findet Diskussion statt. Außerdem werden im Laufe dieses Winters noch folgende Fragen behandelt werden: Ein Reichseinkommensamt; die Sozialpolitik im

Berliner Verkehr; das Stellenvermittlungsgesetz; die soziale Bedeutung der Fortbildungsschulen in Berlin und die Wohnungsaufsicht in den Gemeinden Groß-Berlins. Die erstgenannten vier Themen werden in öffentlichen Verammlungen behandelt werden, zu denen also auch Nichtmitglieder Zutritt haben. Schon heute können wir unseren Kollegen und Kolleginnen von Berlin und Umgegend den Besuch dieser Vortragsabende nur aufs wärmste empfehlen.

Der Verein für Volksunterhaltungen veranstaltet am Sonntag, den 30. Oktober, abends 7 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses (420. Volksunterhaltung) einen Mendelssohn-Abend, an welchem mitwirken werden: Herr Gustav Ernest (Vortrag am Klavier), Fräulein Emmy Mohr (Gesang), Herr Gustav Franz (Gesang). Ferner wird an dem gleichen Tag, nachmittags 5 Uhr, als 421. Veranstaltung dieses Vereins in der Urania (Laudenstraße) ein Projektionsvortrag über: „Der Bierwaldstätter See und die Gotthardbahn“ stattfinden.

### Verbands-Teil.

#### Verammlungen.

**Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerbevereine (S. D.).** Verbandsabend der Deutschen Gewerbevereine, Greifswalderstr. 221-228. Mittwoch, 26. Oktober, Vortrag des Kollegen Jordan: Die Programme der politischen Parteien. Gäste herzlich willkommen. — **Gewerbetreibenden-Vereine (S. D.).** Jeden Donnerstag abds. 9-11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandsbureau bei den Deutschen Gewerbevereinen (Grüner Saal). Gäste mit! — **Sonabend, 29. Oktober. Maschinenbau- u. Metallarbeiter I.** Abends 8 1/2 Uhr, Verammlung bei Melcher, Bergstr. 69. Vortrag des Kollegen Gleichauf (2. Teil des Vortrages): „Warum verlangen wir ein neues Arbeitsrecht?“ — **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Von 8-10 Uhr Zahlabend, Fruchtstr. 36 a. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abends 8 1/2 Uhr, Verammlung bei Rabau, Waldstraße 58. Vortrag des Rechtsanwalts Herrn Jelle über: „Das Erbrecht.“ — **Maschinenbau- und Metallarbeiter X.** Abends 8 1/2 Uhr, Verammlung Statienstraße 30, „zur Hölle“. Bericht vom Bezirkskongr. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XI.** Abends 8-10 Uhr, Zahlabend bei Krull, Fußwäckerstr. 51. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII.** Abends 8 1/2 Uhr, Schönhauser Allee 65. S. D.: Geschäftliches. Vortrag des Kollegen Musciner: „Aus der Praxis des Gewerbegerichts“. Monatsbericht. — **Hildorf I (Maschinenbau- u. Metallarbeiter)** Sonnabend, 9. Oktober, abds. 9 Uhr, Verammlung bei Kamp, Sägetstr. 77. Bericht von der Bezirkskonferenz.

#### Orts- und Bezirksverbände.

**Cottbus (Diskussionsklub).** Sitzung jeden 3. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowenerstr. 42. — **Duisburg (Diskussionsklub).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Jansenkamp, Friedrich Wilhelmstraße, Diskussionsabend. — **Düsseldorf (Selbstwirtschaftsschule).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandsbureau, Karlsruferstr. 29, Sitzung. — **Eberfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Donnerstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenkämpfer, Eberfeld, Luisenstr. und Erholungstr.-Ecke. — **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag

im Monat Ortsverbands-Vertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Bezirkslokal E. Simon, Alter Markt. — **Halle a. S. (Ortsv.).** Der Diskussionsabend findet jed. 1. Mittwoch im Monat i. Passage-Rest., Gr. Brauhauserstr., statt. — **Kaaren b. Mägen.** Jeden 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskussionsabend bei Budewig. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch abds. 8 1/2 Uhr präz., in Hainmanns Hotel, Boollstr., Diskussionsstunde. — **Friedrichshagen (Diskussionsklub).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Janber, Oststr. — **Köln (Diskussionsklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 1/2 Uhr, im Restaurant „Bater Roldig“, Elstergasse. — **Leipzig (Gewerbetreibenden-Vereine).** Die Uebungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Bezirkslokal „Stadt Hannover“, Geiselstr. 25, statt. Gäste und heimische Mitglieder sind herzl. willkommen. — **Wülheim a. Ruhr (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Köller, Sandstraße 88. — **Rhein (Ortsverband).** 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr, Verammlung im Schützengarten-Rybnik. Vortrag des Kollegen Griebe-Katowitz. — **Stettin (Sängerkor der Gewerbevereine).** Die Uebungsstunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmgebende Kollegen sind herzl. wilsk. — **Tegel (Diskussionsklub für Tegel, Postgasse und Reinickendorf).** Sitzung jeden Dienstag abends von 8 bis 10 Uhr bei Redner, Berlinstr. 98. Gäste willkommen. — **Weißenfels a. S. (Gewerkschaft der Gewerbevereine).** Uebungsstunde jede: Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gehörigstehende Gewerbevereinskollegen stets willkommen. — **Weißenfels (Diskussionsklub der Gewerbevereine)** Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

#### Neuerungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

**Berlin (Ortsv. der Köpfer).** Albert Schlee, Kassierer, Berlin D. 112, Waldemarstr. 6, Querg. IV. — **Köln a. Rh. (Ortsverb.).** Mertens, Vorsitzender, Köln a. Rh., Rathildenstr. 22.

### Literatur.

Der in den Kreisen der Gewerbevereine so beliebte Kalender „Der kleine Wanderer für 1911“ ist erschienen. Der Inhalt des Kalenders ist wieder ein selten reiches. Für Gewerbevereine verdienen neben dem Tagebuch des „Kleinen Wanderers“ der „Aufzug des Zentralrats an alle Glieder des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine“ sowie die Artikel: „Einige Winke zur Förderung des Vereinslebens“ und „Von der politischen Neutralität“ besonders beachtet zu werden, aber auch der sonstige Inhalt, die Erzählungen, die Gedichte, das Humoristische, die hauswirtschaftlichen Notizen usw. werden die Familien der Gewerbevereinsmitglieder lebhaft interessieren. Der Kalender ist bei einiger Beugung von mindestens 10 Stück für 10 Pfg. pro Stück (der Einzelpreis beträgt 15 Pfg.) zu beziehen durch den Verlag von E. D. Rauchpach Nachf. G., Dahnau i. Schl.

In demselben Verlage ist erschienen der „Leberhort der Deutschen Gewerbevereine“. Das in handlichem Format dauerhaft gebundene Buch enthält 28 Prologe und 47 Fests- und Tafelreden zu den verschiedensten Gewerbevereinstesten, sowie die bekanntesten Volks- und Wanderlieder. Es ist 142 Seiten stark und kostet 50 Pfg. Außerdem sind 10 Pfg. Porto einzuzahlen.

Für Theatervereine ist das „Theater für Gewerbevereine“ bestimmt. Es sind 7 Stücke, die sich zur Auf-führung bei Gewerbevereinstiftlichkeiten eignen. Der Preis für jedes Stück beträgt 2 Ml.

## Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

**Alles zusammen nur zwei Mark!**  
Uhrkette, Siegelring, Portemonnaie, Kraw.-Nadel



Bei Bestellung bitte Fingermaß angeben.

**Billige bühmische Brillen**



1 Fund ganz gute, gefasst, 1 M.; prima halbwelche 1 M. 30; 1 Fund weisse feinnette gefasste 1 M. 70, 1 M. 90; 1 Fund schneeweiße, feinste, gefasst 2 M. 70, 3 M. 40. Versand postfrei gegen Nachnahme, von 10 Pfund an franco. Umtausch gestattet; für Nichtpassendes Geld retour. Preisliste gratis.

S. Benisch, Dachsenitz Nr. 1168, (Böhmen).

**tsvereine**

haben Gelegenheit, zur Vergrößerung der Bibliothek zwei Serien neu eingebundener Bücher, Werke hervorragender Schriftsteller, sehr preiswert zu erwerben.

Nächere Auskunft erteilt der Verbandskassierer Kollege H. Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221 23.

**Danzig (Ortsverband).** Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten beim Genossen K. m. e. r. e. r., Fischmarkt 10, Verpflegungsarten.

**Cottbus (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungsarten im Werte von 75 Pfennig bei allen Ortsvereinskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer, Kollegen K. Brunzel, Gantenstraße 1.

**Hamburg-Mitteln (Ortsverb.).** Die Rechtsanwaltskanzlei befindet sich beim Kollegen E. Dehke, Hamburg, Silmenstr. 19, III. Expediert wochentags von 6-8 Uhr abds., Sonntags von 10-12 Uhr vormittags.

**Kollegen, raucht Gewerbevereins-Zigarren**

aus rein reifen überreifem Roh-tabak!

Eine jede Ortsverwaltung betrachte es als Ehrensache, gemeinsame Bestimmungen zu machen und die Zigarren in ihrem Bekanntheitskreise zu empfehlen. Ein Versuch führt zu dauernder Kundschafft!

Unterstützt Eure Kollegen und befreit sofort Probefindung aus der Gewerbevereins-Zigarrenfabrik, r. G. m. u. G., Sodenheim, Baden.

Die im Verein der Deutschen Kaufleute (S. D.) organisierten Handlungsgehilfen- und Gehilfenvereine erstreben seit Jahren die völlige Sonntagssruhe für das Handelsge- werbe. Gewerbevereiner, unterstützt unsere Verbandsgenossen im Kampfe um die Verbürgerung der Arbeitszeit!

**Sein Gewerbevereiner kauft Sonntags!**

Berantlasse jeder seine Familienangehörigen, Einkäufe nur an Wochentagen zu besorgen!

**Rothenbach und Umgegend (Ortsverband).** Reiseunterstützung, 65 Pfg., erhalten durchreisende Gewerbevereiner beim Kollegen O. u. f. i. c. h. e. l., Bauereistr. 85, Rothenbach i. Schl. Verbands-Hebberge: Caffhof zum Klara-Schacht.

**Wipold (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Sofalgeld beim Kassierer Karl Stein, Jährlingsgasse 4.

**Leipzig-West (Ortsverband).** Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten die Karten für das Ortsverbandsgefand bei dem Vereinslokalierern. Für Abendrot und Nachtquartier haben dieselben in „Stadt Hannover“, Leipzig, Seeburgstraße, Gültigkeit.

**Magdeburg (Banhandwerker).** 75 Pfennig im Bureau, Rathenstraße 2/8 II.

**Thorn.** Durchreisende erhalten Abendrot, Nachtlager und früh Kasse beim Verbandskassierer B. Kowalkowski, Thorn, Selligegasse 7/9.

**Magdeburg (Ortsverb.).** Durchreisende Verbandskollegen erhalten die Anweisung für das Ortsverbandsgefand beim Ortsverbandskassierführer K. Gadebant, Neuenstraße 10 I.

**Hamburg-Mitteln (Ortsverb.).** Die Rechtsanwaltskanzlei befindet sich beim Kollegen E. Dehke, Hamburg, Silmenstr. 19, III. Expediert wochentags von 6-8 Uhr abds., Sonntags von 10-12 Uhr vormittags.

**Sein Gewerbevereiner kauft Sonntags!**

Berantlasse jeder seine Familienangehörigen, Einkäufe nur an Wochentagen zu besorgen!